

An den  
Vorsitzenden des  
Wirtschaftsausschusses des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Christopher Vogt, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/5185

20. November 2015

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Nachgang zu der 64. Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 11. November 2015 übersende ich Ihnen den schriftlichen Bericht zum Tagesordnungspunkt 1 „Bericht der Landesregierung zur Bewirtschaftung des Bundesfernstraßenhaushaltes 2015“.

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat dem Land Schleswig-Holstein mit Verfügungsrahmen vom 23.01.2015 insgesamt Bundesfernstraßenmittel in Höhe von **176,448 Mio. Euro** zur Verfügung gestellt. Demgegenüber liegen die aktuellen Erwartungen der Ausgaben der Niederlassungen des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH) und der DEGES bei **173,113 Mio. Euro** (Stand 30.10.2015).

in Mio. Euro	aktuelle Erwartung	Verfügungsrahmen des BMVI	Differenz
	<b>173,113</b>	<b>176,448</b>	<b>-3,335</b>
Bedarfsplanmaßnahmen	24,638	26,948	-2,310
Erhaltung	83,659	72,676	10,983
Um-/ Ausbau	4,032	14,675	-10,643
Bahnübergänge	110	50	60
Zweckausgaben	7,320	5,277	2,043
Hochbau	1,545	1,821	-276
Radwege	1,334	1,530	-196
Telematik	2,555	5,900	-3,345
Lärmschutz	646	478	168
Unterhaltung und Instandsetzung	35,747	35,747	0
Fahrzeuge + Geräte	2,256	2,256	0
Eisenbahnkreuzungsgesetz (EkrG)	2,774	1,340	1,434
Rastanlagen	6,497	7,750	-1,253

Das BMVI hat zum 18.09.2015 und zum 30.10.2015 länderübergreifende Mittelausgleiche durchgeführt. Da erfahrungsgemäß noch ein weiterer Abfall der Ausgaben zu erwarten ist, mussten folgende Mittel zurückgemeldet werden:

Bedarfsplan (BStr):	- 2,000 Mio. Euro
Radwege:	- 170 Mio. Euro
Rastanlagen:	- 1,316 Mio. Euro
Fernmeldeanlagen:	- 560 Mio. Euro
Verkehrsbeeinflussung:	- <u>1,505 Mio. Euro</u>
Summe:	- <b>6,551 Mio. Euro</b>

Gleichzeitig wurden vom BMVI **1,289 Mio. Euro** zusätzlich für EKrG-Maßnahmen bereitgestellt. Der aktuelle Verfügungsrahmen beträgt somit **171,186 Mio. Euro**.

Die wesentlichen Ursachen der Minderausgaben:

#### Bedarfsplan Bundesstraßen:

Die für Vorleistungen des Ausbaus der B 207, 4-streifiger Ausbau der B 207 zwischen Heiligenhafen und Puttgarden eingeplanten Bundesfernstraßenmittel können auf Grund der eingegangenen bzw. angekündigten Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht wie vorbereitet in 2015 verausgabt werden.

#### Radwege:

Auf Grund schwieriger Baugrundverhältnisse beim Radwegneubau an der B 431 St. Margarethen - Brokdorf ergeben sich unerwartet komplexe Leitungsverlegungen der zuständigen Versorgungsunternehmen. Bislang konnten diese nicht die für einen Baubeginn erforderliche Trassenfreiheit herstellen. Daher verschiebt sich der Baubeginn. Zur Kompensation wurden kurzfristig zusätzliche Sanierungsmaßnahmen von Radwegen vorgenommen, die den Mittelabfall aber nicht vollständig kompensieren können.

#### Rastanlagen:

Der LBV-SH hat zur Haushaltsaufstellung 2015 einen Mittelbedarf von 3,490 Mio. Euro angemeldet. Unerwartet hat das BMVI mit dem Verfügungsrahmen 7,750 Mio. Euro zugewiesen. Durch Beschleunigung geplanter Vorhaben ist es gelungen, den größten Teil der zusätzlichen Mittel zusätzlich zu binden.

#### Fernmeldeanlagen / Verkehrsbeeinflussung:

Die Mittel für Fernmeldeanlagen und Verkehrsbeeinflussungsanlagen werden projektbezogen zur Verfügung gestellt. Die Windwarnanlagen von der A 23 konnte nicht wie vorgesehen in 2015 realisiert werden. Weiter hat die Landeshauptstadt Kiel das Projekt „Verkehrsmanagement Kiel“ nicht mehr weiter verfolgt, so dass der hierauf entfallende Bundesanteil nicht benötigt wird. Schließlich verschieben sich Ausgaben abrechnungsbedingt nach 2016.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Reinhard Meyer